

(Abg. Hitzing)

(Zwischenruf Abg. Sojka, DIE LINKE: Um in der Regierung danach wieder umzufallen, Herr Matschie.)

Jetzt möchte ich nur noch mal sagen: Wichtig ist, dass sich die obere Ebene einig wird. Das ist für Thüringen wichtig. Die Leute interessiert das überhaupt nicht, ob sich die Ministerpräsidentin und der stellvertretende Ministerpräsident nicht einig oder einig sind. Die Leute interessieren Ergebnisse.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, die Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Wenn der Bildungsföderalismus inhaltlich qualitativ hochwertig ist und trotzdem der Bund mitfinanzieren kann, glaube ich, sind wir auf genau dem Weg, den die Bürger von uns erwarten. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Rothe-Beinlich das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist jetzt schon vieles gesagt worden. Ich freue mich über den Erkenntnisgewinn oder die klaren Worte insbesondere aus der SPD, der es vor wenigen Wochen noch nicht möglich war, unserem Antrag zuzustimmen, der da lautete: Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie ermutigen mich geradezu, diesen erneut einzubringen. Vielleicht hat sich ja sehr schnell vieles geändert.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Beachten Sie die Geschäftsordnung.)

Ja, mein lieber Herr Mohring, wir werden das schon hinbekommen, dass es auch der Geschäftsordnung genüge tut, keine Sorge. Ich habe mich ehrlich gesagt gefragt, warum die CDU diese Aktuelle Stunde beantragt hat - bestimmt nicht, weil Frau Lieberknecht diese Worte geäußert hat, die wir heute hier schon häufiger zitiert haben, ich will es auch noch einmal tun, nämlich die Äußerung von Frau Bildungsministerin Annette Schavan als „mittlerweile anzüglich und extrem entbehrlich“ zu bezeichnen. Ich weiß es aber jetzt. Herr Voigt konnte nämlich endlich seinen 10-Punkte-Plan Bildungspolitik vorstellen, der sonst nirgendwo wahrgenommen wurde,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der just in der Woche vom 9. Thüringer Bildungssymposium veröffentlicht wurde. Leider konnten wir ihn dort nicht diskutieren, denn da waren Sie nicht. Auf dem Thüringer Bildungssymposium,

(Abg. Rothe-Beinlich)

was ich an dieser Stelle ansprechen möchte, hat das Kooperationsverbot in der Bildung tatsächlich in sehr vielen Workshops und auch in den Panels eine große Rolle gespielt. Es gab dort immer wieder auch die begründete Skepsis zu hören, dass man sich wahrscheinlich aus parteipolitischen Gründen leider nicht einig wird. Aber ich glaube, wir dürfen nicht müde werden. Wenn wir uns tatsächlich nur einmal dem Inhalt widmeten, dann hätten wir eine Mehrheit hier im Thüringer Landtag für die Abschaffung des Kooperationsverbotes in der Bildung, denn dass dieses einen Hemmschuh ohne Gleichen darstellt, wissen wir alle.

Weil jetzt schon mehrere das schöne Ganztagschulprogramm erwähnten - was nicht so heißen durfte, es musste damals Zukunftsinfrastrukturprogramm heißen, damit es den Maßgaben Rechnung trägt, wie Finanzen des Bundes überhaupt an die Schulen kommen konnten, will ich noch einmal daran erinnern, dass es Roland Koch war, der sich damals sehr über den Erfolg dieses Programms ärgerte, was als einer der Gründe für die Festschreibung des Kooperationsverbotes in der Bildung gilt. Dass das mit Sachpolitik nichts zu tun hat, ist uns allen, glaube ich, ebenfalls hinlänglich bekannt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, dass wir, wenn es uns tatsächlich, wie es Herr Voigt vorhin vortragen hat, um gesamtstaatliche Verantwortung in der Bildung geht, darüber sprechen müssen, was das bedeutet. Da nützt es nichts, sich immer wieder in ideologische Schützengräben zu begeben und den vermeintlich anderen Gleichmacherei vorzuwerfen, wenn man für mehr Vergleichbarkeit wirbt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich und behaupte, niemand hier will Gleichmacherei. Was wir wollen, sind gleiche Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an und zwar egal, woher sie kommen und egal, in welchem Bundesland sie leben. Wir wollen vergleichbare nationale Bildungsstandards, die tatsächlich allerorten gelten und in eigenverantwortlichen Schulen wunderbar mit individuellen Konzepten umgesetzt werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir nicht dazu kommen, obgleich wir das alle wollen, finde ich ausgesprochen bedauerlich; das zeigt, dass es leider mitunter weniger um die Sache geht.

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte nennen, warum wir meinen, dass es keineswegs um ein Ende des Bildungsföderalismus gehen soll, sondern um eine notwendige Weiterentwicklung. Ich will sehr deutlich sagen, ich bin froh, dass wir einen Landesminister haben, der deutliche Worte zum Kooperationsverbot findet, obgleich er damit eigentlich „Gefahr laufen müsste“, Zuständigkeiten an den Bund abzugeben. Ich denke, es geht um ein gutes Miteinander aller Ebenen, das ist das Entscheidende und das verstehe ich auch unter einer positiven Weiterentwicklung. Deswegen hatten wir dazu bereits einen Antrag eingebracht.

Wir meinen, dass sich auch im Hochschulbereich, das ist beispielsweise auch schon von meiner Kollegin von der LINKEN angesprochen worden, die Schwächen des Kooperationsverbots ganz deutlich zeigen, weil hier Kooperationsmöglichkeiten im Moment nicht möglich sind, wir aber bundesweit so Anreize für bessere Qualität in der Hochschullehre setzen könnten. Ich glaube, das

(Abg. Rothe-Beinlich)

sollten wir endlich anpacken. Dass es eine bessere Vergleichbarkeit von Bildungswegen und Abschlüssen braucht, darüber sind wir uns hoffentlich alle einig. Dass wir auch eine Vergleichbarkeit der Bildungssysteme brauchen, um so der Einheitlichkeit von Bildungschancen gerecht zu werden und auch Familien und Lehrkräften - die Debatte um Lehrkräfte haben wir morgen noch - tatsächlich räumliche Flexibilität aber auch attraktive Rahmenbedingungen zu bieten, darin sollten wir hier auch Einigkeit haben.

Ich sage aber auch, dass wir eine Finanzpolitik brauchen, die den Ländern und Kommunen ausreichende Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ermöglicht. Hier muss auch der Bund in die Verantwortung. Ich glaube, das wiederum müsste im Interesse aller hier im Landtag vertretenen Fraktionen sein. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Ramelow zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Fach- und Sachargumente sind, denke ich, hinreichend erläutert worden. Was mich jetzt noch einmal nach hier vorne getrieben hat, ist meine persönliche Anwesenheit in der Föderalismuskommission, die ich von Anfang bis Ende begleitet habe und ich irgendwie jetzt das Gefühl habe, dass zumindest die SPD völlig vergessen hat, wie sie abgestimmt hat, sowohl bei dem Kooperationsverbot, da hat die SPD es nämlich ins Grundgesetz mit aufnehmen lassen, obwohl die ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten dringend darum gebeten haben, es nicht zu tun. Ich fand die Position völlig berechtigt. Anschließend, als die Abstimmung kam und die Große Koalition den Preis verlangt hat, hat die SPD geschlossen - mit wenigen Ausnahmen - für diese seltsame Trennung im Grundgesetz gestimmt. Das war ein trauriger Tag, weil gleichzeitig, also es ist nicht nur eine gute Kooperation zerstört worden. Es ist eben richtig von Kollegin Rothe-Beinlich darauf hingewiesen worden, dass es gar nicht darum geht, den Föderalismus aufzugeben, sondern es geht darum, sinnvolle Kooperationen herzustellen. Die hat es zu der damaligen Zeit gegeben. Und Sie haben leider die Hand dazu gehoben, also die Bundestagsfraktion der SPD, und gleichzeitig ist die außenpolitische Zuständigkeit für Bildung auf den Bundesrat übertragen worden. Ein Vorgang, der staatsrechtlich einmalig zumindest für meine Wahrnehmung auf der ganzen Welt ist, dass man ein nationalstaatliches Thema auf ein föderalstaatliches Element, also einen Träger, nämlich dem Bundesrat übertragen hat. Das ist völlig seltsam. Schauen Sie sich das Grundgesetz an. Diese Verhunzung hat die SPD mitgetragen, aber die FDP hinterher im Bundesrat mitgetragen. Also auch die FDP kann sich jetzt hier nicht hinstellen und sagen, wir waren gar nicht dabei.

Die zweite Geschichte, die in dem gleichen Kontext festzustellen ist, ist das Thema Schuldenbremse. Weil die Frage, wann holen uns die Gelder ein, über diese gespaltene Schuldenbremse, die jetzt in das Grundgesetz gekommen ist, dass die Länder nämlich viel rigider an die Kette gelegt werden, wie das der Bund für sich selbst genehmigt, da haben die sozialdemokratischen Kollegen in der Föderalismuskommission immer klar gesagt, sie halten den Weg für falsch. Es gab auch an-